

Presse-Information

18. Februar 2008



Wahlcheck zur Bürgerschaftswahl 2008 Parteien antworten dem Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg (EWNW) hat die CDU, SPD, GAL, FDP und Die Linke zu zehn entwicklungspolitischen Punkten befragt. Die Fragen des EWNW und die Antworten der Parteien und einiger KandidatInnen stellt der Dachverband entwicklungspolitischer Initiativen und Vereine auf der Website www.ewnw.de vor.

„Einzelne Antworten offenbaren leider ein althergebrachtes Verständnis von Entwicklungspolitik, wonach die HamburgerInnen Geld und Know-How geben und Menschen in benachteiligten Staaten zu bloßen EmpfängerInnen degradiert werden. Gleichberechtigter Austausch und ein Lernen auf beiden Seiten – dieser Aspekt kommt zu kurz“, sagt Rebecca Lohse, die Geschäftsführerin des Eine Welt Netzwerks Hamburg.

Auch wenn so manche Frage mit Floskeln und vagen Informationen beantwortet wurde: Einige Ausführungen dokumentieren ein ernsthaftes Interesse an entwicklungspolitischen Fragen und zeigen sehr konkrete Maßnahmen auf. Erfreulich ist, dass alle Parteien den Sachverstand entwicklungspolitischer Vereine nutzen wollen. Einen entwicklungspolitischen Beirat möchten alle befragten Parteien wieder einsetzen – mit Ausnahme der CDU, die den Expertenkreis 2004 abgeschafft hatte.

Einig sind sich die Parteien darin, dass Hamburg als Hafenmetropole eine wichtige Rolle als Gestalterin einer gerechten und friedlichen Globalisierung zukommt. Auch wenn CDU und FDP entwicklungspolitisch in erster Linie als bundespolitische und europäische Aufgabe sehen, so betonen sie ebenfalls, dass Hamburg als Stadtstaat wichtige Impulse setzen kann. Beispiel Öffentlicher Einkauf: Alle Parteien setzen sich dafür ein, bei der Vergabe öffentlicher Liefer- und Bauaufträge verstärkt auf Sozialstandards zu achten. Vor allem die GAL hatte das Thema in den letzten Jahren sehr engagiert vorangetrieben und zahlreiche Anträge ins Parlament gebracht.

Differenzen unter den Parteien bestehen vor allem in Fragen der Finanzierung des entwicklungspolitischen Engagements in Hamburg, beim Thema Umgang mit Hamburgs kolonialer Vergangenheit und darin, welche Rechte Hamburg MigrantInnen gewähren soll.

Eine Welt Politik beginnt vor Ort. Nach Ansicht des Eine Welt Netzwerks Hamburg ist ein Bewusstsein und Handeln, das die Auswirkungen auf den globalen Süden mitdenkt, nicht nur Sache der Unternehmen, Verbände, Medien und Privatpersonen, sondern auch der Politik: Kauft Hamburg für seine Behörden Computer, die unter menschenunwürdigen Bedingungen hergestellt werden, dann schwächt sie die Position von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, die in Indien, China und anderen Ländern für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Wenn Hamburg auf Kohle und Atom setzt, wirkt sich das auf die Länder des Südens aus, sei es durch den Klimawandel oder die Verseuchung durch Uranabbau.

„Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe“, sagt Lohse. Dabei seien alle Behörden gefordert, sei es die Behörde für Inneres und ihr Umgang mit MigrantInnen, sei es die Schulbehörde und ihre Umsetzung von Konzepten des Globalen Lernens in den Unterricht.

Für weitere Informationen:

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V. (EWNW)

Anke Schwarzer - Presse- & Öffentlichkeitsarbeit

Große Bergstraße 255, 22767 Hamburg

Tel.: 040 - 358 93 86

anke.schwarzer@ewnw.de

www.ewnw.de

EWNW-Wahlcheck 2008

Ausgewählte Antworten von CDU, SPD, GAL, Die Linke und FDP

Die Fragen des EWNW und die ausführlichen Antworten der Parteien und einzelner KandidatInnen finden Sie unter www.ewnw.de

► 1. Wichtige Aufgaben der Hamburger Entwicklungspolitik?

CDU:

„Neben der Aufgabe, die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes und der Europäischen Union zu fördern, kann ein Bundesland bzw. ein Stadtstaat hier jedoch eher punktuell aktiv sein. Insbesondere durch die Etablierung von Partnerschaften mit Städten oder Gebieten können wichtige Impulse gesetzt werden.“

SPD:

„Wenn Hamburg seine Weltoffenheit erhalten will, muss sich die Stadt ihrer durch Geschichte und Verfassung vorgegebenen Verantwortung im Rahmen der Globalisierung stellen. Hamburger Entwicklungszusammenarbeit muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden und mit anderen Politikfeldern in Übereinstimmung stehen.“

GAL:

„In der Vergangenheit wie heute profitiert Hamburg (...) auch von Entwicklungen und Strukturen, die anderswo Unterdrückung, Ausbeutung, Leid oder Krieg bedeuten. Auch wenn Hamburg nicht die ganze Welt alleine ändern kann, so muss eine aufgeklärte Handelsmetropole auch ihren erkennbaren Beitrag zur Verbesserung der Welt leisten. (...)“

Die Linke:

„Eine Hafenstadt wie Hamburg muß weltoffen sein. Das bezieht sich nicht nur auf Güter, sondern selbstverständlich auch auf Menschen. Eine wichtige Aufgabe sollte sein, möglichst viele Menschen aus möglichst vielen Teilen dieser Welt nach Hamburg zu bringen und möglichst viele Menschen aus Hamburg in viele Teile dieser Welt.“

FDP:

„Die FDP steht für eine realistische Einschätzung der entwicklungspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Hamburg ein: gestaltende Entwicklungspolitik ist im wesentlichen Aufgabe gesamteuropäischer und bundespolitischer Akteure.“

► 2. Kohärenz der Nord-Süd-Politik des Hamburger Senats?

CDU:

„Da die entwicklungspolitischen Maßnahmen ... bereits eine hohe Kohärenz aufweisen, besteht diese Überprüfung und Optimierung vor allem in einer vernünftigen Haushaltsführung.“

SPD:

„Ein regelmäßiger Bericht ist unverzichtbar. Bereits seit Jahren setzen wir uns ein für einen Bericht, der alle zwei Jahre der Bürgerschaft vorgelegt wird und in dem die Aktivitäten aller Fachbehörden dargestellt und im Hinblick auf die Erreichung gesetzter Ziele bewertet werden.“

Die Linke:

„Hamburgs Zukunft liegt in der Weltöffentlichkeit. Das kommt nicht von allein, sondern dafür muß der Senat Geld einsetzen und Menschen begeistern. Das sollte möglichst gut geschehen –also auch kontrolliert.“

FDP:

„Kohärenz politischer Maßnahmen ist ein Ideal, keine Realität. Die Liberalen begrüßen daher ausdrücklich die Arbeit gemeinnütziger Vereine, die die entwicklungspolitisch bedeutsamen Regelungen und Initiativen der Hamburger Politik durch Kritik und Anregungen verbessern helfen.“

► 3. Finanzielle Förderung

► 3.1. Erhöhung der Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit?

CDU:

„Darüber zu diesem Zeitpunkt verbindliche Aussagen zu machen, wäre nicht seriös.“

SPD:

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Entwicklungszusammenarbeit aufstocken. Seriöserweise sind wir aber nicht in der Lage, schon heute Zahlen zu nennen, in welchem Umfang sich dies konkret im Budget niederschlagen wird.“

GAL:

„Mittelfristig wollen wir die Forderung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wieder auf den Stand wie unter der rot-grünen Regierung 1997 bis 2001 in Hamburg bringen.“

Die Linke:

„Ja. Durch Anträge, Diskussionen und persönliches Engagement.“

FDP:

„Konzeptloses „Mehr Geld“ schafft keine Entwicklung. Gleichwohl halten wir einen Hamburger Etat von weniger als 500.000 Euro für überdenkenswert.“

► 3.2. Grundfinanzierung entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen?

CDU:

„Wir halten einen solchen Ansatz nicht für sinnvoll. Eine Grundfinanzierung bringt die Gefahr mit sich, dass die NGOs zu einem dauerhaft verlängerten Arm behördlicher Arbeit und somit auch zum Streitobjekt parteipolitischer Auseinandersetzungen werden.“

SPD:

„Aber wir wollen prüfen, inwieweit wieder zu einer auch institutionellen Förderung zurückgekehrt werden soll. Denn durch die vollständige Projektorientierung der Förderung wurde das ehrenamtliche Engagement eher gebremst, anstatt Kreativität für neue Projekte zu wecken.“

GAL:

„Außerdem denken wir, dass wieder ein Anteil von bis zu 25 % von Förderungen im Rahmen des Haushaltstitels Entwicklungspolitische Zusammenarbeit als institutionelle Förderung vergeben werden sollte, um der Zivilgesellschaft besser zu ermöglichen, auch abseits aktueller politischer Prioritäten des Senats zu arbeiten und Konzepte zu entwickeln.“

Die Linke:

„Ja. Durch Anträge, Diskussionen und persönliches Engagement.“

FDP:

„Eine Grundfinanzierung einzelner NGO's ist durchaus denkbar. Wir sind die Partei, die bürgerschaftliches Engagement fördert, weil wir es für die unverzichtbare Stütze jeder Zivilgesellschaft halten.“

► 4. Entwicklungspolitischer Beirat?

CDU:

„Entscheidend ist ... hier nicht die Installierung von formalisierten Gremien.“

SPD:

„Wir wollen wieder dafür sorgen, dass Hamburg gut beraten wird, um zu gewährleisten, dass das politische Handeln die wirtschaftliche, soziale und nicht zuletzt umweltpolitische Entwicklung des Südens unterstützt, und werden dafür diejenigen Strukturen finden, die das am ehesten sicherstellen. Dazu muss der Entwicklungspolitische Beirat wieder eingesetzt werden.“

GAL:

„Ja. Hamburg sollte wieder einen Entwicklungspolitischen Beirat berufen und dort kritische und konstruktive Geister versammeln.“

Die Linke:

„Ich würde den Beirat nicht entwicklungspolitisch nennen. Aber ich fordere, dass Hamburg offener wird (in Gedanken und der Realität) für die Welt und sich engagiert, gerade auch gegen die Ausbeutung von Menschen weltweit.“

FDP:

„Ja, eine außerbehördliche Kontrollinstanz mit beratender Funktion halten die Liberalen für absolut sinnvoll. Wir hoffen, im Rahmen unserer politischen Arbeit die Schaffung eines solchen externen Rates unterstützen zu können.“

► 5. Werbung für Bewusstseinsänderung?**CDU:**

„In Bezug auf das von Ihnen genannte Ziel „Weltweite Gerechtigkeit“ sind es vor allem die Unternehmen, die hier einen erheblichen Einfluss haben.“

SPD:

„Im Rahmen der „Förderung entwicklungspolitischer Maßnahmen“ bei der Informations- und Bildungsarbeit sind für uns v.a. auch die Maßnahmen wichtig, die dazu beitragen, das Verständnis für Fluchtursachen der Menschen aus Entwicklungsländern zu verbessern und die interkulturelles Verstehen und interkulturellen Austausch fördern. Dies gilt es auszubauen.“

GAL:

„Die GAL hat in den letzten Jahren selber nach Kräften für eine Bewusstseinsänderung geworben. So hat die zuständige Fachsprecher der Fraktion zwei Broschüren zum Thema Kolonialgeschichte bzw. Hamburg und Kolonialismus veröffentlicht, eine Broschüre zum Thema Fairer Handel in Hamburg herausgegeben und zahlreiche Veranstaltungen zu diesen und ähnlichen Themen organisiert.“

Die Linke:

„Ja. Sie werden bei ihren Aktivitäten (in dem Sinn der Broschüre „Hamburg entwickeln“) auf unsere Unterstützung zählen können.“

FDP:

„Die FDP tritt dafür ein, dass die Menschenrechte auf der ganzen Welt geachtet werden. Es muss aber auch ganz klar gesagt werden, dass die ärmsten Länder nicht wegen der Globalisierung arm sind, sondern weil sie nicht rechtsstaatlich an ihr partizipieren und die Industrieländer nicht konsequent für den Freihandel eintreten. So ist es auf europäischer Seite bspw. ein Skandal, dass subventionierte europäische Agrar- und Textilprodukte in Afrika verschleubt werden und so die lokale Produktion zerstört wird.“

► 6. Öffentlicher Einkauf?**CDU:**

„Wir begrüßen den Beschluss der Staatsräte, mit dem konkrete Maßnahmen gegen Produkte aus Kinder- und Zwangsarbeit vereinbart wurden.“

SPD:

„Wir wollen Hamburg zur Hauptstadt des fairen Handels machen. Dabei müssen Senat und Verwaltung Vorbild sein.“

GAL:

„Ja. Die GAL-Bürgerschaftsfraktion hat in den letzten Jahren zum Thema soziale Mindeststandards und Fairer Handel mehrfach Anträge ins Parlament eingebracht, die allesamt von der CDU abgelehnt wurden (...) Über die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen hinaus, wollen wir, dass Hamburg zukünftig auch weitere ILO-Normen, wie die Übereinkunft über existenzsichernden Lohn berücksichtigt.“

Die Linke:

„Ja. Die Stadt Hamburg hat als großer Konsument und politische Institution eine Verantwortung gegenüber sozialen Standards und eine nachhaltige Produktion. Die Vergaberichtlinien werden in diesem Jahr neu verhandelt. Unser Engagement garantiere ich hiermit.“

FDP:

„Ob ausschließlich fair gehandelter Kaffee im Rathaus oder ebensolche Textilien für die Hamburger Polizeiuniformen: Die FDP erachtet diesen bereits eingeschlagenen Weg als richtig und zukunftsweisend.“

► 7. Konkrete Ideen?**CDU:**

„Darüber hinaus werden sich auch die in Europäischen Gremien tätigen Mitglieder der CDU-Fraktion für eine faire Weltwirtschaftsordnung einsetzen.“

SPD:

„Vor allem werden wir uns dafür einsetzen, dass keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit bezogen werden.“

GAL:

Verweis auf andere Antworten.

Die Linke:

„Vergaberichtlinien sind ein erstes, offene Gedankenwelt ein zweites und Ausstellungen, Messen ein drittes. Weitere Ideen würde ich gern mit Ihnen und meiner zukünftigen Fraktion absprechen.“

FDP:

„Wir setzen uns für einen möglichst freien Handel ein, von dem alle Teile der Welt profitieren. Größtes Hindernis für eine erfreulichere Zukunft sind in den meisten Fällen die lokalen Regimes in den betroffenen Ländern.“

► 8. Rüstung?**CDU:**

„Deutschland mit seinen sehr restriktiven Gesetzen zu Rüstungskontrolle und Rüstungsexport, hat ohnehin keine Rüstungswirtschaft, die auf Export ausgerichtet ist.“

SPD:

„Fest steht: Wir wollen keinen Rüstungsexport aus Hamburg mit Hamburger Mitteln subventionieren.“

GAL:

„Wir sehen es mit großer Sorge, dass Deutschland im Jahr 2006 zum drittgrößten Waffenexporteur in der Welt geworden ist. (...) Schon 2005 haben wir öffentlich den Beitritt Hamburgs zur Initiative Mayors for Peace zur Durchsetzung eines wirksamen Nonproliferationsabkommens gefordert. (...)“

Die Linke:

„Die Initiative bezüglich der Fregatte „Hamburg“ gefällt mir. Das sollte in der Bürgerschaft debattiert werden – wir werden das einbringen.“

FDP:

„Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Hamburger Bürgermeister Mitglied der „Mayors for peace“-Initiative wird und fordern grundsätzlich die Kürzung aller Subventionen, dies gilt auch für die Rüstungsindustrie.“

► 9. Postkolonialismus**CDU:**

„Wir wollen das Thema Kolonialismus und Postkolonialismus vor allem in Kooperation mit der Bevölkerung in vom Kolonialismus der Vergangenheit betroffenen Gebieten bearbeiten.“

SPD:

„Es darf nicht sein, dass Hamburg Sklavenhändler mit Büsten und anderen Denkmälern würdigt, ohne auf die geschichtlichen Hintergründe hinzuweisen, wie in Wandsbek mit dem Schimmelmann-Denkmal geschehen. Die Aufarbeitung der Hamburgischen Geschichte ist hierfür unerlässlich.“

GAL:

„Mit dem Park Postkolonial soll in Hamburg ein zentraler Ort für die Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit Hamburgs und gleichzeitig den Themen Globalisierung, Eine Welt und Welthandel heute geschaffen werden. (...) Darüber hinaus fordern wir folgendes: (...) Die Schimmelmannbüste muss wieder abgebaut oder unter angemessener Erläuterung und historischer sowie einer geschichtsrezeptionellen Analyse im direkten Umfeld der Büste kontextualisiert werden. Eine Stadt, die im 21. Jahrhundert einem Sklavenhändler ein Denkmal baut, sollte sich schämen oder offen erläutern, wie es dazu kommen konnte.“

Die Linke:

„Die Verantwortung Hamburgs und seiner Kaufleute für den Kolonialismus und auch den Sklavenhandel ist noch mangelhaft aufbereitet. Und es zu wenig öffentlich bekannt. Darauf aufbauend sollten neue internationale Verbindungen geknüpft werden.“

FDP:

„Wir lehnen die Wiederaufstellung des Kolonialherrendenkmal am Hafen ab, und meinen, dass sich dieses endlich in den Bestand des Museums für Hamburgische Geschichte einreihen sollte.“

► 10. Migration**CDU:**

„Auf der einen Seite müssen wir darauf bestehen, dass die nicht erlaubte Einreise in unser Land oder auch die Erlaubnis zu vorübergehendem Aufenthalt in unserem Land (...) automatisch zu einem Daueraufenthaltsrecht führt.“ (...)

„Angesichts der intensiven Diskussionen über dieses Thema und der großen Anstrengungen, die wir in Deutschland und insbesondere in Hamburg in den vergangenen Jahren bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden an den Tag gelegt haben, halten wir Ihre Formulierung „Illegalisierung von Menschen“ schlicht für ungerecht und nicht angebracht.“

SPD:

„Zuwanderer sind nicht rechtlos, aber nicht jedem, der illegal eingereist ist, kann das Recht gewährt werden, in Deutschland zu bleiben. In jedem Einzelfall ist sorgfältig zu prüfen, ob den Betroffenen eine Rückkehr zugemutet werden kann oder nicht. Die Härtefallregelung des Aufenthaltsgesetzes bietet auch Menschen ohne Papiere – gerade Schulkindern und ihren Familien – eine reelle Perspektive.“

GAL:

„Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Wanderarbeiterkonvention auch von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben wird. Auch im illegalen Aufenthalt haben Menschen Grundrechte. Das Recht auf Bildung, gesundheitliche Versorgung und auf Lohn für geleistete Arbeit wollen wir in Hamburg gewährleisten.“ (...)

„Die Unterbringung von Flüchtlingen in Nosdorf/Horst soll beendet werden, in Hamburg ist Platz genug in öffentlicher Unterbringung und, vor allem für Familien mit Kindern, in Wohnungen.“

Die Linke:

„Wir werden uns sowohl für das Wahlrecht für alle hier lebenden als auch gegen die Diskriminierung dieser Menschen auf verschiedenen Ebenen einsetzen. Die Bedrohung der Abschiebung muß abgeschafft werden. Und es gehört zu den menschlichen Grundprinzipien, dass auch die Illegalen in dieser Gesellschaft leben können.“

FDP:

„Folgeprobleme, wie der Umgang mit illegaler Einwanderung und menschenwürdiger Behandlung der Einwanderer, sind ... Hamburger Aufgaben: Hier wird sich die FDP entsprechend ihrer liberalen Grundsätze für eine angemessene Grundversorgung mit Wohnraum, ärztlichen und schulischen Dienstleistungen bzw. deren Verbesserung im Rahmen des Möglichen einsetzen.“